



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

6. Sitzung (öffentlich)

23. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Arbeit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.

1

Dr. Karl-Heinz Schaffartzik (Verbraucherzentrale NRW e. V.) trägt anhand der Anlage 1 vor und beantwortet Fragen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/72
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		23.11.2005
6. Sitzung (öffentlich)		mr-be
		Seite

2 Aktuelle Viertelstunde

Thema 1: **„Fleischskandal in Niedersachsen - Auswirkungen in Nordrhein-Westfalen“**

auf Antrag der CDU

13

Und:

Thema 2: **„Fleischskandal in Gelsenkirchen“**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Marie-Luise Fasse (CDU)

15

In Verbindung damit:

Fragen

von Svenja Schulze im Namen der SPD-Fraktion an den Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (siehe Anlage 2)

15

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) berichtet zu den beiden genannten Themen.

Anschließend beantwortet er die von der SPD-Fraktion gestellten Fragen.

3 Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen als Erfolgsmodell für die Zukunft sichern!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/194

32

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/72
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		23.11.2005
6. Sitzung (öffentlich)		mr-be
		Seite

4 Vorbeugenden Hochwasserschutz endlich umsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/209

In Verbindung damit:

Nachhaltigen Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen konsequent fortführen

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/247

34

StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) berichtet anhand von Vorlage 14/163.

Die abschließende Beratung zu TOP 4 wird auf Wunsch der Grünen vertagt.

5 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/214

38

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/571

39

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Grünen einstimmig angenommen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/72
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		23.11.2005
6. Sitzung (öffentlich)		mr-be
		Seite
7	Zukunftsfähige Arbeitsplätze für NRW nicht blockieren	40
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/464	
	Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.	
8	Aktueller Stand und geplantes weiteres Vorgehen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe	-
	Der von der SPD-Fraktion erbetene Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/150 gegeben.	
9	NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 - 2013	-
	Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/149.	
10	Erfahrungen mit der Verbandsklage in Nordrhein-Westfalen	40
	Mit Vorlage 14/147 erstattet die Landesregierung den von den Grünen erbetenen Bericht.	
11	Aktueller Stand der Abwasserentsorgung im Außenbereich	42
	Der von der CDU-Fraktion erbetene Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/146 gegeben.	
12	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einteilung der Forstamtsbezirke im Landes Nordrhein-Westfalen	
	Vorlage 14/135	43
	Die hierzu vorgesehene Anhörung des Ausschusses ist erfolgt.	
13	Gesetzesinitiative des Landes NRW im Bundesrat zur Reduzierung und Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren	43
	Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/137 Bericht.	

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/72
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		23.11.2005
6. Sitzung (öffentlich)		mr-be

Seite

14 Putenhaltung in NRW

46

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/151.

15 Gutachten über Organisation und Aufgaben der Landwirtschaftskammer

47

Mit Vorlage 14/148 wird der Bericht der Landesregierung gegeben.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2005

5 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/214

Die **Vorsitzende** teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 14. September 2005 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - federführend - sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zur Mitberatung überwiesen worden.

In seiner Sitzung am 19. Oktober 2005 habe der Wirtschaftsausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Die Beratungsfrist ende am 14. Dezember 2005. Für heute werde eine abschließende Beratung vorgeschlagen.

Durch den Gesetzentwurf habe man klarstellen wollen - so **Friedhelm Ortgies (CDU)** -, dass nicht nur der Bau von Straßen und Eisenbahnlinien raumbedeutsam sei, sondern auch die Errichtung von Windrädern. Er bitte, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

André Stinka (SPD) macht deutlich, dass die SPD den Gesetzentwurf ablehnen werde, der ein kleiner Teil des Kampfes gegen die Windanlagen sei. Dadurch sei Unruhe in die Branche getragen worden. Das habe inzwischen auch die Wirtschaftsministerin erkannt, die deutlich auf den Export von Windrädern nach Übersee setze. Die Marktführerschaft in diesem Bereich sei nur durch die starke Förderung der Windenergie entstanden. Die Unruhe sei unnötig gewesen, weil nach geltendem Bundesrecht die Raumbedeutsamkeit längst geregelt sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Debatte schon mehrfach geführt worden sei. Die Argumente seien bekannt. Er wolle lediglich positiv herausstellen, dass bei der Wirtschaftsministerin bezogen auf die Windkraft eine andere Haltung festzustellen sei als beispielsweise beim Bauminister. Insofern rege er noch einmal an, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, da er, wenn man an die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene denke, nicht mehr in die politische Landschaft passe. Auch gegen eine Vertagung hätte er nichts einzuwenden.

Der Abgeordnete merkt an, dass er in der letzten Sitzung die Bitte geäußert habe, den Windkrafterlass noch nicht in Kraft zu setzen, damit man noch Gelegenheit habe, im Ausschuss darüber zu sprechen. Bereits am nächsten Tag habe der zuständige Bauminister den Erlass in Kraft gesetzt. Das könne er - Remmel - nur so interpretieren, dass dieser offensichtlich Angst vor einer parlamentarischen Befassung gehabt habe. Zur Erinnerung: Die alte Landesregierung habe damals zum Windkrafterlass ein ausführliches parlamentarisches Verfahren durchgeführt, obwohl es um Regierungshandeln gegangen sei.

Holger Ellerbrock (FDP) beantragt, heute abzustimmen.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlussprotokoll**.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/571

Vorsitzende Marie-Luise Fasse führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 9. November 2005 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden.

Auch hier werde eine abschließende Beratung vorgeschlagen.

Annette Watermann-Krass (SPD) stimmt der Zielsetzung des Gesetzentwurfs grundsätzlich zu. Lediglich in der Umsetzung - gerade in der Übergangsphase - habe sie noch Nachfragen. Den Waldwert könne man nur auf Antrag festsetzen lassen. Auch die Erstattung der Umlage für das Jahr 2005 sei nur über einen Antrag möglich. Sie bitte darzustellen, wie darüber informiert werde.

Johannes Rimmel (GRÜNE) führt aus, offensichtlich gehe es um eine sehr komplexe Rechtsmaterie. Er bitte, die Stellungnahmen der Verbände zur Verfügung zu stellen, um sich eine Meinung bilden zu können.

Clemens Pick (CDU) verweist auf das Protokoll der Anhörung über das Landwirtschaftskammergesetz. Dort sei das Thema ausführlich diskutiert worden. In der Plenardebatte sei kritisiert worden, dass genau diese Punkte nicht geregelt seien.

Nun wolle man nachbessern, was im Gesetz hätte geregelt werden müssen. Man wolle das Gesetz, das Rot-Grün verabschiedet habe, lediglich praktikabel machen und es so umzusetzen, dass die Betroffenen auch zu ihrem Recht kämen.

StS Dr. Alexander Schink antwortet, dass der Waldbauernverband schon an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs beteiligt gewesen sei, also über die notwendigen Informationen verfüge. Über die entsprechenden Mitteilungsorgane - landwirtschaftliche Zeitungen, Zeitungen des Waldbauernverbandes, Internet und andere Bereiche - werde man auf die Neuregelung aufmerksam machen, um sicherzustellen, dass diejenigen, die mit ihren Flächen nicht mehr zur Kammer gehörten, auch nicht zahlen müssten.

Für das Jahr 2005 habe man keine andere Lösung als dieses Verfahren gesehen. Darauf baue auch die Lösung für die folgenden Jahre auf.